

<https://www.tagesspiegel.de/wissen/konsum-bremst-klimaschutz-warum-deutschland-seine-ziele-verfehlen-konnte-14751815.html>



Konsum bremst Klimaschutz: Warum Deutschland seine Ziele verfehlen könnte

Im Klimaschutz ist die Zeit Applaus-trächtiger Zielvereinbarungen vorbei. Jetzt geht es um die Umsetzung – und es hakt. In Deutschland bremsen vor allem zwei Entwicklungen.

Von Patrick Eickemeier
Stand: 05.11.25, 05:00 Uhr

In Deutschland schwindet der Rückhalt in der Bevölkerung für Klimaschutz – obwohl immer mehr Menschen negative Folgen des Klimawandels spüren. CO₂-intensive Konsummuster werden verstärkt, Politik und Wirtschaft zögern die Umsetzung von Maßnahmen hinaus und das Risiko nimmt zu, dass Deutschland seine selbst gesteckten Klimaziele nicht erreicht.

Das geht aus einer aktuellen Bewertung von gesellschaftlichen Schlüsselprozessen hervor, die über Erfolg oder Misserfolg von Klimaschutz entscheiden. Derzeit rudern Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in vielen Bereichen zurück, lautet das Fazit des Autorenteams des Berichts „Klimawende Ausblick“. Es sei „kaum realistisch“, dass Deutschland bis zum Jahr 2045 klimaneutral werden kann.

Lokale Fortschritte

Das Forschungsteam um Stefan Aykut von der Universität Hamburg hat Recherchen, Interviews und Medienanalysen zu sieben Entwicklungen in Deutschland untersucht. Die leitende Frage lautete, ob sie ausreichend Kraft entwickeln, um die deutschen Klimaziele zu erfüllen. Nationale Klimapolitik, globale Klimapolitik, kommunaler Klimaschutz, Klimabewegungen und Klimaklagen unterstützen die Klimaneutralität „überwiegend oder teilweise“. Das reiche aber nicht aus.

Klimaklagen sind ein wirksames Mittel für mehr Klimaschutz.

Stefan Aykut, Universität Hamburg, Autor des Berichts „Klimawende Ausblick“

Das Autorenteam hebt hervor, dass Verwaltungen und Initiativen auf lokaler Ebene dem Klimaschutz zugutekommen. Es seien Strukturen aufgebaut worden, die längerfristig wirken und somit eine Zeit lang vorherrschenden anti-ökologischen Stimmungen widerstehen können. Die Forschenden empfehlen, diese Strukturen auszubauen und vor allem die Kommunen finanziell zu unterstützen. Außerdem sollten Klimaschutz-Initiativen aus der Gesellschaft rechtlich und politisch gestärkt werden.

Das Team hat auch eine frei verfügbare Datenbank für Klimaklagen in Deutschland zusammengestellt. 175 Verfahren, zum Beispiel gegen Verwaltungen, Landesregierungen oder Unternehmen, sind darin aufgenommen.

„Klimaklagen sind ein wirksames Mittel für mehr Klimaschutz“, wird Aykut in einer Mitteilung der Universität Hamburg zitiert. Wenn sie erfolgreich sind, hätten sie langfristig Signalwirkung und lieferten Argumente für ähnliche Klagen. In Deutschland nahmen die Zahl der Klimaklagen und ihre Erfolge gleichermaßen zu.

Konsum auf Kosten des Klimas

Zwei der sieben Schlüsselprozesse entwickeln sich nicht im Sinn des Klimaschutzes, berichtet das Team: Unternehmen handelten weiterhin ambivalent und Konsummuster in der Bevölkerung würden dem Erreichen der Klimaziele sogar entgegenwirken.

Im Bereich Mobilität zählen dazu etwa Zunahmen im Pkw-Bestand, im Flugverkehr und bei Privatjets. Im Bereich Wohnen hat die Wohnfläche pro Person zugenommen und die Modernisierungsrate liegt unter zwei Prozent. Als bereichsübergreifende positive Entwicklung wird im Bericht dagegen die zunehmende Nutzung erneuerbarer Energie festgehalten.

Matthias Kalkuhl, Klimaökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, stimmt den Ergebnissen der Analyse aber nur teilweise zu. „Es hakt, weil es jetzt um die Umsetzung und nicht wie in der Vergangenheit um die Ziele geht“, sagt der Klimaökonom. Kosten des Klimaschutzes würden für alle sichtbar und spürbar. Zudem habe sich international eine neue Dynamik entwickelt. „Wir brauchen neue Ansätze in der Klimapolitik, die die wirtschaftlichen Kosten, den wirtschaftlichen Nutzen und das Eigeninteresse der Staaten in das Zentrum stellen“, sagte Kalkuhl dem Tagesspiegel.

Vom Heizungshammer lernen

Stefan Aykut sieht noch eine weitere Ursache für Verzögerungen im Klimaschutz. Die verschiedenen Bereiche beeinflussten sich gegenseitig, sodass sich Blockade- und Eskalationsspiralen ergeben könnten.

Wenn notwendige Maßnahmen verzögert und Klimaschutzvorhaben aufgeschoben werden, wird die Verminderung von CO₂-Emissionen häufig teurer. Dadurch kann die Zustimmung zum Klimaschutz schwinden und es können Konflikte entstehen, etwa wenn der Eindruck entsteht, dass Kosten nicht gerecht verteilt werden. „In der Folge verzögern sich klimapolitische Maßnahmen immer weiter, was die Kosten noch mehr steigen lässt“, warnt Aykut.

Ein Beispiel, das in der Studie analysiert wurde, ist die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz. Die Emissionen von CO₂ aus dem Gebäudesektor wurden bislang in Deutschland und in Europa nicht ausreichend verringert. Ab dem Jahr 2027 wird der CO₂-Ausstoß aus Gebäuden aber europaweit verteuert.

Darauf wollte die Ampelregierung das Land mit dem von der vorherigen Regierungskoalition entworfenen Gesetz vorbereiten. Doch die konfrontative Diskussion im Jahr 2023 – Stichwort „Habecks Heizungshammer“ – führte zum Gegenteil. Klimaschädliche Öl- und Gasheizungen wurden verstärkt gekauft, während der Absatz emissionsärmerer Wärmepumpen eingebrochen ist.